



Protokoll

Datum:

16. Juni 2020

Ort:

Bundesamt für Justiz (BJ)

Aktenzeichen: 924-3718/7/2

Protokoll der 19. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 16. Juni 2020

Vorsitz:	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
Mitglieder:	Urs Allemann-Cafilisch	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Lisa Yolanda Hilafu	Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
Entschuldigt:	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
	Christian Raetz	Ehem. Leiter DBureau cantonal de médiation VD»
Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
Protokoll:	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM



1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 9.30 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Elsbeth Aeschlimann, Guido Fluri und Christian Raetz haben sich entschuldigt. Sie haben jedoch vorgängig schriftlich zu den Fällen Stellung genommen; diese Stellungnahmen werden der beratenden Kommission zur Mitberücksichtigung bei der heutigen Diskussion der Fälle unterbreitet (vgl. Ziff. 3). Der Präsident verdankt diese wertvolle Arbeit.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 28. April 2020, welche ausnahmsweise im Zirkularverfahren durchgeführt wurde, wurde bereits genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten.

Reto Brand informiert, dass die bisher noch ausstehende Schlussabstimmung im Parlament betreffend die Gesetzesrevision zur Aufhebung der Einreichungsfrist am Ende der laufenden Session, d.h. am 19. Juni 2020, nachgeholt werde. Anschliessend beginne mit der Publikation der Gesetzesänderung im Bundesblatt Ende Juni die 100-tägige obligatorische Referendumsfrist zu laufen. Falls diese ungenutzt verstreiche (was voraussichtlich der Fall sein werde), könne die Gesetzesrevision vermutlich am 1. November 2020 in Kraft treten. Kurz nach der erfolgten Schlussabstimmung werde das BJ das überarbeitete Gesuchsformular und die Wegleitung in allen drei Sprachen d, f, i zur Verfügung stellen bzw. auf der Homepage des Fachbereiches FSZM aufschalten, so dass neue Gesuche schon vor Inkrafttreten der Gesetzesrevision eingereicht werden könnten. Der formelle Entscheid über die Gesuche und damit verbunden die Auszahlung eines allfälligen Solidaritätsbeitrages würden aber erst *nach Inkrafttreten* des Gesetzes, d.h. frühestens wohl Ende November oder im Dezember 2020 möglich sein. Dabei werde selbstverständlich auch die in Artikel 4 der Verordnung (AFZFV) vorgesehene Prioritätenordnung respektiert werden, d.h. Gesuche von Personen, die nachweislich schwer krank sind oder älter als 75 Jahre, würden prioritär behandelt. Nach erfolgter Schlussabstimmung im Parlament sollen auch die Anlaufstellen, Staatsarchive und weitere interessierte Stellen entsprechend informiert werden. Die entsprechenden Vorbereitungen laufen bereits.

Im Weiteren weist Reto Brand darauf hin, dass am 1. Mai 2020 eine weitere Gesetzesrevision bereits in Kraft getreten ist, die künftig verhindern soll, dass der Solidaritätsbeitrag bei der Berechnung der Ergänzungsleistungen ans Vermögen angerechnet wird. Aufgrund der ursprünglichen Fassung des Gesetzes (Art. 4 Abs. 6 Bst. c AFZFG) war dies noch so gewesen. Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) habe in diesem Zusammenhang ein Informationsschreiben für die Opfer verfasst. Dieses sei vom BJ in den letzten Tagen an etwa 8'400 Adressen (Opfer) verschickt worden. Das BJ – obwohl von der Gesetzesänderung in Bezug auf seine Tätigkeit eigentlich nur am Rand betroffen – habe dies anstelle des BSV getan, weil das BSV nicht über die Adressdaten der Opfer verfüge und weil sich das BJ aus Datenschutzgründen verpflichtet hatte, die Adressen niemandem - auch nicht einer anderen Bundesstelle – herauszugeben. Das BJ werde dieses Informationsschreiben nach der heutigen Sitzung auch noch allen Mitgliedern der beratenden Kommission informationshalber zukommen lassen. Es solle später auch auf der Website des Fachbereichs aufgeschaltet werden.

Reto Brand informiert weiter, dass der nationale Fernsehsender France 3 eine Dokumentar-sendung plane, in deren Rahmen auch die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen in der Schweiz interessiere. Zu diesem Zweck seien dem-nächst diverse Filmaufnahmen in der Schweiz geplant, u.a. auch ein Interview mit Susanne Kuster, der Stellvertretenden Direktorin des BJ.

Reto Brand erwähnt schliesslich, dass das Finanzinspektorat im April 2020 beim BJ/Fachbereich FSZM eine Sonderprüfung der Abläufe, der Entscheide und der finanziellen Abwicklung, speziell mit dem Fokus auf die Solidaritätsbeiträge und die Selbsthilfeprojekte, durchgeführt habe. Das Fazit sei durchwegs positiv ausgefallen, d.h. es habe keine Beanstandungen gegeben. Das BJ bzw. der Fachbereich FSZM mit seiner beratenden Kommission habe aus der Sicht des Finanzinspektorats den gesetzlichen Auftrag, insbesondere im Zusammenhang mit der Prüfung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag erfüllt.

Die Informationen des Präsidenten der beratenden Kommission folgen unter Ziff. 6.

2. Information und Diskussion betreffend die Fortführung der beratenden Kommission/Cocosol als APK

Reto Brand informiert, dass die Bearbeitung der Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Gesetzesrevision zur Aufhebung der Einreichungsfrist keine zeitlich limitierte Aufgabe des BJ mehr sei. Neu werde dies zu einer Daueraufgabe des BJ, denn diejenigen Opfer bzw. Betroffenen, die aus welchen Gründen auch immer bisher noch kein Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gestellt haben, können dies nun zeit ihres Lebens ohne Einschränkungen tun. Entsprechend müsse auch die beratende Kommission des Fachbereiches, welche bis anhin nur ein befristetes Mandat hatte, in eine unbefristete sog. «ausserparlamentarische Kommission» (ApK) umgewandelt werden. Dies mache auch eine neue Einsetzungsverfügung durch den Bundesrat (anstatt wie bis anhin durch das EJPD) nötig. Im Grunde genommen sei dies nur eine mehr oder weniger formelle Änderung, denn an der Funktion, der Zusammensetzung, der Arbeitsweise und an den Inhalten der Arbeit der Kommission (inkl. den Taggeldansätzen) ändere sich nichts. Dies sei auch nicht nötig, denn die bisherige Kommissionsarbeit und die Zusammensetzung der Mitglieder habe sich offensichtlich bewährt.

Der Präsident informiert, dass er sich angesichts der neuen Ausgangslage und aufgrund verschiedener Bitten um Weiterführung seines Präsidiums bereit erklärt habe, bis auf weiteres auch in der «neuen» APK das Präsidium zu übernehmen. Fast alle Mitglieder haben sich denn auch zu einer weiteren Mitarbeit bereit erklärt. Einzig Lisa Hilafu habe ihren Rücktritt auf Ende 2020 angekündigt, was allgemein sehr bedauert wurde. Christian Raetz werde im Übrigen aufgrund eines Stellenwechsels innerhalb des Kantonsverwaltung nur mehr als ehemaliger Leiter des «Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud» in seiner Expertenfunktion an den Sitzungen teilnehmen.

Dem Präsidenten erscheint es wertvoll, wenn die bisherige Arbeit der beratenden Kommission auch im neuen Gefäss einer APK in bewährter Weise weitergeführt wird. Dies ermögliche weiterhin kohärente Entscheide und eine bestmögliche Gleichbehandlung aller Opfer. Auch die bisherige konstruktive Zusammenarbeit mit dem BJ bleibe so sichergestellt. Reto Brand dankt im Namen des BJ dem Präsidenten und den Mitgliedern für die Zusicherung ihres weiteren Engagements in der beratenden Kommission.

3. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung vorsieht bzw. von Grenzfällen

Aus den letzten Kommissionssitzungen gibt es noch ein Gesuch, welches nicht abschliessend behandelt werden konnte. Die betreffenden Stellen wurden zwar um die gewünschten Zusatzinformationen gebeten; sie liegen aber zurzeit leider noch nicht vor.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 6 weitere Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (5 Fälle)

bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (ein Fall) vorschlägt. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- 1 Gesuch gutzuheissen;
- 3 Gesuche abzuweisen (wobei in einem Fall die Empfehlung zur Abweisung unter dem Vorbehalt erfolgt, dass die Zusatzabklärungen nicht doch noch Erkenntnisse hervorbringen, die eine Gutheissung ermöglichen würden);
- die Behandlung von 2 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

Seit der letzten Cocosol-Sitzung wurden den Kommissionsmitgliedern mit der Monatsliste April 2020 insgesamt 2 und mit der Monatsliste Mai 2020 insgesamt 5 Fälle unterbreitet, in denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung der Gesuche vorsah. In Bezug auf beide Monatslisten gingen seitens der Kommissionsmitglieder innert Frist keine Einwände ein.

4. Stand der behandelten Gesuche

Bezüglich der bisher vom BJ behandelten Gesuche (d.h. rechtzeitig eingereichte Gesuche¹ zuzüglich verspätete Gesuche, bei denen die Frist ausnahmsweise aus wichtigen Gründen wiederhergestellt werden konnte²) können folgende Zahlen bekannt gegeben werden (Stand Ende Mai 2020):

	Anzahl Gesuche (Ende Mai 2020)
Gutheissungen insgesamt	8674 ³
Abweisungen, weil die Voraussetzungen für die Annahme der Opfereigenschaft nicht erfüllt sind ⁴	163 ⁵
Negative Entscheide, weil die Gesuche offensichtlich unbegründet waren ⁶	88
Total	8925

Überdies seien beim Fachbereich FSZM bisher 354 Gesuche nach Ablauf der Einreichungsfrist eingetroffen. In 55 Fällen konnte die Frist ausnahmsweise wiederhergestellt werden, weil die Frist aus wichtigen, zureichenden Gründen verpasst wurde. In 23 Fällen konnte die Frist jedoch nicht wiederhergestellt werden. Die übrigen Fälle sind noch offen, wobei für deren weitere Bearbeitung in vielen Fällen auch der Entscheid des Parlaments betreffend Aufhebung der Einreichungsfrist eine Rolle spielen wird.

5. Selbsthilfe-Projekte

Das BJ konnte bereits mit verschiedenen Soforthilfeprojekten Erfahrungen sammeln. Jetzt, auch nachdem das Parlament den betreffenden Kredit erheblich aufgestockt hat, erscheint der Zeitpunkt als gekommen, um eine Zwischenbilanz zu ziehen und zu prüfen, ob und inwiefern allenfalls noch Optimierungsbedarf besteht. Es stellt sich generell die Frage, wie das

¹ Bezüglich Einreichungsfrist für Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag vgl. Art. 5 Abs. 1 AFZFG und Art. 2 Abs. 1 AFZFGV.

² Vgl. Art 24 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren (VwVG).

³ Darin enthalten sind auch 54 Fälle, bei denen das Gesuch zwar erst nach Ablauf der Einreichungsfrist eingereicht wurde, die Frist aber aus wichtigen Gründen ausnahmsweise wiederhergestellt und das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag gutgeheissen werden konnte.

⁴ Art. 4 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 2 AFZFG.

⁵ Darin enthalten ist ein Fall, bei dem die Einreichungsfrist aus wichtigen Gründen ausnahmsweise wiederhergestellt werden konnte, das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag dann aber abgewiesen werden musste.

⁶ Z.B. Sachverhalt klar ausserhalb des zeitlichen oder sachlichen Geltungsbereich des AFZFG oder keinerlei Angaben, aufgrund derer die Opfereigenschaft beurteilt werden könnte.

BJ die Selbsthilfeprojekte zukünftig noch besser betreuen und begleiten kann. Gleiches gilt auch für die Verbreitung und Nutzung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung; eine (gesetzliche) Aufgabe, die das BJ künftig wahrnehmen muss. Das BJ ist zurzeit daran, ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

In Bezug auf aktuelle Projekte teilt Reto Brand mit, dass beim Projekt Erzählbistro gewisse Ausweitungen und Ergänzungen beim Angebot geplant seien. Im Fokus stehe dabei u.a. eine stärkere Berücksichtigung der Regionen bei der Durchführung von zusätzlichen Erzählbistros. Auch solle ermöglicht werden, gewisse Aspekte thematisch zu vertiefen, entweder an Erzählbistros oder an speziellen Themenanlässen. Beim BJ sei deshalb ein entsprechendes Ergänzungsgesuch zum bisherigen Projekt eingereicht worden. Das BJ werde demnächst darüber entscheiden.

Ein weiteres Projekt «Gesichter der Erinnerung», das eine filmische Auseinandersetzung zwischen Ausschluss und Integration von Betroffenen zum Gegenstand habe, werde aktuell vom BJ ebenfalls geprüft. Ziel dieses Projektes sei es, etwa 40 Filmbeiträge zu schaffen, bei denen die Selbstbestimmung der Betroffenen bei den Filmbeiträgen besonderes Gewicht habe. Die filmische Realisation solle professionell unterstützt werden und es sei auch geplant, das entstandene Material auf einer vom Institut der Zeitgeschichte der ETH Zürich betreuten Plattform aufzuschalten und so für jedermann zugänglich zu machen. Geprüft werde zusätzlich, ob daraus eine Plattform entstehen könnte, der auch nach Abschluss des Projekts aus anderen Quellen – auf freiwilliger Basis – noch weitere bereits entstandene oder noch entstehende Zeitdokumente (z.B. audiovisueller Art) hinzugefügt werden könnten. Je umfangreicher eine solche Sammlung von Zeitdokumenten wäre, je mehr Strahlkraft könnte sie entwickeln, was nicht zuletzt auch im Interesse der Opfer, der Forschung und der interessierten Bevölkerung wäre. Eine Verbindung mit einer Institution vom Kaliber der ETH würde dabei Gewähr bieten, dass die Informationen für eine lange Zeit zur Verfügung stehen würden und genutzt werden können.

Ein weiteres, kürzlich vom Verein netzwerk-verdingt eingereichtes Selbsthilfe-Projekt betrifft die Schaffung eines «Stadtrundgangs durch das andere Bern», ausgerichtet auf die FSZM-Thematik.

6. Verschiedenes

Barbara Studer informiert, dass vor kurzem der Tagungsband mit den Referaten, welche anlässlich der Tagung der Archivdirektorenkonferenz vom 14. November 2019 gehalten wurden, erschienen sei (Titel: «Erinnerung – Recht und Pflicht! devoir de mémoire»⁷). Der Präsident weist darauf hin, dass es auch zum Gedenk Anlass des Kantons St. Gallen vom 21. September 2019 eine Publikation gebe (Titel: «Sich der Vergangenheit stellen – Zum Gedenk Anlass für Betroffene fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen»⁸).

Laetitia Bernard gibt zu bedenken, dass sich bei den Anlaufstellen aufgrund von Covid-19 die Frage stelle, wie die Betroffenen von FSZM, die ja häufig zu einer Risikogruppe gehören, am besten beraten werden könnten. In den letzten Wochen sei dies fast nur telefonisch möglich gewesen, was aber recht gut geklappt habe. Es wäre sinnvoll, diese Frage mit allen Anlaufstellen weiter zu diskutieren. Seitens der beratenden Kommission gibt es dazu keine Bemerkungen.

Urs Allemann-Cafilisch berichtet, dass man beim Erzählbistro während des Corona-Lockdowns erstaunlich gute Erfahrungen mit Telefon- und Videokonferenzen gemacht habe.

⁷ Erhältlich z.B. unter <https://www.chronos-verlag.ch/node/27405>

⁸ https://www.sg.ch/content/dam/sgch/kultur/staatsarchiv/fuersorgerische-zwangsmassnahmen/buchpublikation/Buch%20GedenkAnlass_Inhalt.pdf

Zum Abschluss informiert der Präsident über verschiedene Neuigkeiten beim Nationalen Forschungsprogramm 76 «Fürsorge und Zwang» (NFP 76):

- Letzten Donnerstag habe eine Sitzung der Leitungsgruppe stattgefunden. Die Forschungsprojekte würden gut laufen und seien auf Kurs.
- Im Weiteren habe vergangenen Freitag eine wissenschaftliche Tagung stattgefunden. Im ersten Teil habe es Informationen zuhanden der Forschenden durch die Leitungsgruppe gegeben (insbesondere zum weiteren Vorgehen, Auswirkungen von Covid-19 auf die Forschungsarbeit, Wissenstransfer). Im zweiten Teil sei seitens der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) über das Ergebnis ihrer Arbeit aus wissenschaftlicher Hinsicht informiert worden.
- Das NFP 76 habe zudem eine Broschüre mit einem Überblick über alle laufenden Projekte publiziert.⁹
- In seiner Funktion als Vertreter der Bundesverwaltung beim NFP werde er im Herbst dieses Jahres erneut eine Informationsveranstaltung für alle an der FSZM-Thematik interessierten Verwaltungsstellen durchführen.

Der Präsident weist darauf hin, dass auch das Schweizer Fernsehen SRF in der Reihe «Reporter» eine Sendung zur Wiedergutmachungsinitiative und deren Umsetzung plane. Lisa Hilafu ergänzt, dass es von SRF ebenfalls eine Dokumentation zu den von kirchlichen Institutionen verursachten Zwangsadoptionen geben werde.

Der Präsident teilt schliesslich mit, dass vom 24. bis 26. Juli 2020 in der «La Voirie» in Biel eine Ausstellung von Frau Merlini stattfinden werde und dazu auch eine Vernissage geplant sei.

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 8. September 2020, ab 9.30 Uhr, im BJ statt.

Ein Dank geht an alle Mitglieder für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Die Sitzung wird um 12.10 Uhr geschlossen.

⁹ www.nfp76.ch/SiteCollectionDocuments/nfp76-portraet-de.pdf



Procès-verbal

Date :

16 juin 2020

Lieu :

Office fédéral de la justice (OFJ)

Numéro de dossier : 924-3718/7/2

Procès-verbal de la 19^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 16 juin 2020

Présidence : Luzius Mader

Président

Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance et ancien directeur suppléant de l'OFJ

Membres : Urs Allemann-Cafilisch

Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée

Laetitia Bernard

Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate

Lisa Yolanda Hilafu

Présidente de Zwangsadoption-Schweiz, personne concernée

Barbara Studer Immenhauser

Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA)

Maria Luisa Zürcher

Ancienne membre du comité du fonds d'aide immédiate

Excusés : Elsbeth Aeschlimann

Ancienne représentante des points de contact cantonaux

Guido Fluri

Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée

Christian Raetz

Chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud

Ex officio : Reto Brand

OFJ / chef de l'unité MCFA

Procès-verbal : Simone Anrig

OFJ / unité MCFA



1. Accueil et informations générales

Le président ouvre la séance à 9h30 et souhaite la bienvenue aux participants. Elsbeth Aeschlimann, Guido Fluri et Christian Raetz se sont fait excuser. Ils ont toutefois envoyé par écrit leur avis sur les cas ; ces avis seront soumis à la Cocosol pour la discussion d'aujourd'hui (voir ch. 3). Le président remercie ces membres pour leur précieux travail.

Le procès-verbal de la séance du 28 avril 2020, tenue exceptionnellement par voie de circulaire, a déjà été approuvé.

Les documents nécessaires à la séance d'aujourd'hui ont été envoyés aux membres il y a environ deux semaines. Il semble que tous les ont reçus à temps.

Reto Brand informe les participants que le vote final du Parlement concernant la révision de la LMCFA visant à supprimer le délai de dépôt des demandes se tiendra à la fin de la session en cours, autrement dit le 19 juin 2020. La modification de loi sera ensuite publiée à la feuille fédérale fin juin, date à partir de laquelle le délai de 100 jours du référendum obligatoire commencera à courir. Si le référendum n'est pas demandé (ce qui devrait être le cas), la révision entrera probablement en vigueur le 1^{er} novembre 2020. Peu après le vote final, l'OFJ mettra le formulaire de demande et le guide explicatif remaniés à la disposition du public sur le site de l'unité MCFA, dans les trois langues officielles (d, f, i), de manière à ce que de nouvelles demandes puissent être déposées avant même l'entrée en vigueur de la révision. La décision formelle concernant les demandes et le versement d'une éventuelle contribution de solidarité ne pourront cependant intervenir *qu'après l'entrée en vigueur* de la révision, c'est-à-dire au plus tôt fin novembre ou en décembre 2020. Il va de soi que l'ordre de priorités prévu à l'art. 4 de l'OMCFA sera respecté : les demandes des personnes dont il est attesté qu'elles sont gravement malades ou qui sont âgées de plus de 75 ans seront traitées avant les autres. Après le vote final du Parlement, les points de contact, les archives d'État et les autres services intéressés seront informés. Les préparatifs sont en cours.

Reto Brand signale également qu'une autre révision de loi est entrée en vigueur le 1^{er} mai 2020, qui vise à empêcher que la contribution de solidarité ne soit additionnée à la fortune lors du calcul des prestations complémentaires. L'ancienne formulation de la loi (art. 4, al. 6, let. c, LMCFA) ne l'indiquait pas. L'Office fédéral des assurances sociales (OFAS) a rédigé une lettre d'information à ce sujet à l'intention des victimes. L'OFJ l'a envoyée ces jours-ci à quelque 8400 destinataires (victimes). Bien que touché marginalement dans ses activités par cette révision, l'OFJ s'est chargé de l'envoi en lieu et place de l'OFAS parce que ce dernier ne dispose pas des adresses des victimes et que l'OFJ est tenu, pour des raisons de protection des données, de ne les divulguer à personne, pas même à un autre service fédéral. L'OFJ adressera également cette lettre à tous les membres de la Cocosol à titre d'information après la séance d'aujourd'hui. La lettre figurera aussi plus tard sur le site de l'unité MCFA.

Reto Brand informe par ailleurs les participants que la chaîne France 3 prévoit de tourner un documentaire et s'intéresse aussi, dans le cadre de ce projet, au traitement réservé aujourd'hui par la Suisse aux mesures de coercition à des fins d'assistance et des placements extrafamiliaux. Plusieurs prises de vue auront lieu prochainement en Suisse, ainsi qu'une interview de Susanne Kuster, directrice suppléante de l'OFJ.

Reto Brand mentionne pour finir que l'Inspection financière a procédé en avril 2020 à un examen spécial des processus, décisions et questions financières à l'OFJ/unité MCFA, focalisant son travail sur les contributions de solidarité et les projets d'entraide. Le résultat de ce travail a été très positif, aucune critique n'a été émise. L'OFJ et son unité MCFA, avec la commission consultative, s'acquittent de son mandat légal, de l'avis de l'Inspection financière, notamment en ce qui concerne l'examen des demandes de contribution de solidarité.

Les informations du président de la Cocosol figurent au ch. 6.

2. Information et discussion concernant la poursuite des travaux de la Cocosol en tant que commission extraparlamentaire

Reto Brand informe les participants que le traitement des demandes de contribution de solidarité ne sera plus pour l'OFJ une tâche limitée dans le temps dès l'entrée en vigueur de la révision de la loi supprimant le délai de dépôt des demandes. Il deviendra une tâche permanente, car les victimes qui, pour quelque raison que ce soit, n'ont pas encore fait de demande de contribution de solidarité pourront maintenant le faire à tout moment, sans restriction. En conséquence, la Cocosol, dont le mandat était lui aussi limité, devra être transformée en « commission extraparlamentaire », non limitée dans le temps. Ce changement exige un nouvel acte d'institution du Conseil fédéral (au lieu du DFJP jusqu'ici). Il ne s'agit en principe que d'un changement plus ou moins formel, car la fonction, la composition, les méthodes de travail et le contenu du travail de la commission (et ses indemnités journalières) ne changeront pas. Il n'y a aucune raison de modifier une chose qui a fait ses preuves.

Le président annonce qu'au vu du changement de situation et des prières qui lui ont été adressées de poursuivre sa présidence, il s'est déclaré prêt à reprendre jusqu'à nouvel ordre la présidence d'une « nouvelle » commission extraparlamentaire. Presque tous les membres ont eux aussi proposés de poursuivre leur collaboration. Seule Lisa Hilafu a annoncé son retrait à la fin de 2020, ce que tout le monde regrette. Christian Raetz quant à lui continuera de participer aux séances au titre d'ancien chef du Bureau cantonal de médiation du canton de Vaud, après avoir changé de poste à l'intérieur de l'administration cantonale.

Il semble judicieux, aux yeux du président, que le travail effectué jusqu'ici par la Cocosol se poursuive de la même manière au sein de la nouvelle commission extraparlamentaire. Cette manière de faire permet d'assurer la cohérence des décisions et une égalité de traitement entre toutes les victimes. Tout comme la collaboration constructive instaurée avec l'OFJ. Reto Brand remercie le président et les membres, au nom de l'OFJ, pour la poursuite de leur engagement au sein de la commission.

3. Discussion de dossiers individuels pour lesquels l'unité MCFA propose un rejet ou une non-entrée en matière et de cas limites

Une demande n'avait pas pu être réglée lors des dernières séances. Les services concernés ont été priés de fournir les informations souhaitées ; celles-ci n'ont malheureusement toujours pas été livrées.

Six nouvelles demandes ont été soumises à la Cocosol en vue de la séance d'aujourd'hui, pour lesquelles l'unité MCFA propose le rejet (5 cas) ou une discussion (un cas limite). Après une discussion de chacun des cas, la commission émet la recommandation suivante :

- approbation d'une demande ;
- rejet de 3 demandes (dans un cas, la recommandation de rejeter la demande dépend du résultat d'examens complémentaires qui permettraient tout de même de l'approuver) ;
- renvoi de 2 demandes en attendant des éclaircissements.

Depuis la dernière séance, 2 cas ont été soumis aux membres de la Cocosol avec la liste d'avril 2020, cinq avec la liste de mai 2020, pour lesquels l'unité MCFA prévoyait une approbation. En ce qui concerne les listes mensuelles, les membres de la commission n'ont fait aucune remarque dans le délai imparti.

4. État des demandes traitées

En ce qui concerne le nombre de demandes traitées par l'OFJ à ce jour (c'est-à-dire les demandes déposées à temps¹ et celles déposées hors délai et pour lesquelles le délai a exceptionnellement pu être restitué²), le président annonce les chiffres suivants (état fin mai 2020) :

	Nombre de demandes (fin mai 2020)
Approbations (total)	8674 ³
Rejets parce que les personnes ne remplissaient pas les conditions nécessaires pour que leur qualité de victime soit reconnue ⁴	163 ⁵
Rejets parce que les demandes étaient manifestement irrecevables ⁶	88
Total	8925

L'unité MCFA a reçu jusqu'ici 354 demandes hors délai. Dans 55 cas, le délai a pu exceptionnellement être restitué parce qu'il avait été dépassé pour des motifs importants et suffisants. Dans 23 cas, le délai n'a pas pu être restitué. Les autres cas sont encore en suspens, leur traitement dépendant pour beaucoup de la décision du Parlement au sujet de la suppression du délai.

5. Projets d'entraide

L'OFJ possède déjà beaucoup d'expérience grâce aux différents projets d'entraide qui lui ont été soumis. Maintenant que le Parlement a nettement relevé le crédit disponible, l'heure semble être venue de tirer un premier bilan intermédiaire et de voir si et dans quelle mesure il existe des besoins d'optimisation. La question se pose de savoir, en général, comment l'OFJ pourra mieux s'occuper des projets d'entraide et les accompagner à l'avenir. Il en va de même pour la diffusion et l'exploitation des résultats de l'étude scientifique : une tâche (légale) dont l'OFJ doit se charger. L'OFJ est en train de mettre au point une conception à ce sujet.

En ce qui concerne les projets actuels, Reto Brand communique qu'il est prévu d'étendre et de compléter l'offre du « Bistrot d'échange ». L'accent est mis sur une plus forte prise en compte des régions dans l'organisation d'autres bistrots. Il devrait également être possible d'approfondir certains aspects thématiques, soit lors des bistrots d'échange, soit lors de manifestations spéciales. Une demande allant dans ce sens a été déposée à l'OFJ, pour compléter le projet existant. L'office en décidera prochainement.

L'OFJ examine actuellement un autre projet, « Gesichter der Erinnerung », qui a pour objet une réflexion filmique, entre exclusion et intégration des personnes concernées. Son but est de créer environ 40 séquences filmées, centrées sur l'autodétermination des personnes

¹ En ce qui concerne le délai de dépôt des demandes de contribution de solidarité, voir art. 5, al. 1, LMCFA et art. 2, al. 1, OMCFA

² Voir art. 24 de la loi sur la procédure administrative

³ Le chiffre englobe aussi 54 cas dans lesquels la demande a été déposée hors délai, mais pour lesquels le délai a pu exceptionnellement être restitué et la demande approuvée.

⁴ Art. 4, al. 1, en rel. avec l'art. 2, LMCFA

⁵ Le chiffre englobe un cas dans lequel le délai a pu exceptionnellement être restitué parce qu'il avait été dépassé pour des motifs importants, mais la demande dû être rejetée.

⁶ P. ex. faites clairement en dehors du champ d'application temporel ou matériel de la LMCFA ou absence d'informations permettant de conclure à la qualité de victime de la personne.

concernées. La réalisation doit être soutenue par des professionnels et il est également prévu que le matériau produit soit mis en ligne sur une plateforme gérée par l'institut d'histoire contemporaine (Institut der Zeitgeschichte) de l'EPF de Zurich et rendu ainsi accessible à tout un chacun. La question de savoir si, une fois ce projet terminé, la plateforme pourrait être complétée, sur une base volontaire, par des documents existants ou de nouveaux documents (par ex. audiovisuels) provenant d'autres sources, est à l'étude. Plus cette collection de documents sur le passé serait importante, plus son rayonnement serait grand, chose qui est dans l'intérêt des victimes, des milieux de la recherche et de la population intéressée. Le lien avec une institution du calibre de l'EPFZ garantirait en outre que les informations soient disponibles et puissent être utilisées longtemps.

L'association netzwerk-verdingt a aussi soumis récemment un nouveau projet d'entraide concernant la création d'une visite guidée de l'autre Berne, axée sur la thématique des MCFA.

6. Divers

Barbara Studer informe les participants qu'un volume contenant les exposés tenus lors de la journée d'étude de la Conférence suisse des directeurs d'archives, le 14 novembre 2019, vient de paraître (titre : « Erinnerung – Recht und Pflicht! Devoir de mémoire »⁷). Le président signale qu'il y aura également une publication pour la cérémonie de commémoration du canton de St-Gall du 21 septembre 2019 (titre : « Sich der Vergangenheit stellen – Zum Gedenkanlass für Betroffene fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen »⁸).

Laetitia Bernard note que la question se pose, dans les points de contact, de savoir comment conseiller au mieux les personnes concernées par les MCFA en cette période de Covid-19 quand nombre d'entre elles appartiennent aux groupes à risque. Ces dernières semaines, il n'a été possible de le faire pratiquement qu'au téléphone, avec succès il faut le dire. Il serait bon de discuter de cette question avec tous les points de contact. La Cocosol n'a pas de remarque à faire à ce sujet.

Urs Allemann-Cafilisch rapporte que le bistrot d'échange a fait d'étonnamment bonnes expériences avec les conférences téléphoniques et les visioconférences pendant le confinement.

Pour finir, le président informe les participants des dernières nouvelles concernant le Programme national de recherche 76 « Assistance et coercition » (PNR 76) :

- Le comité de direction s'est réuni jeudi passé. Les projets de recherche avancent bien et suivent leur cours.
- Un congrès scientifique a eu lieu vendredi dernier. Pendant la première partie, le comité de direction a fourni des informations aux chercheurs (notamment sur la suite des événements, les répercussions du Covid-19 sur les travaux de recherche, le transfert de savoir). Pendant la seconde, la Commission indépendante d'experts (CIE) a rendu compte des résultats de son travail au plan scientifique.
- Le PNR 76 a également publié une brochure sur tous les projets en cours⁹.
- Dans sa fonction de représentant de l'administration fédérale, le président organisera à nouveau une séance d'information à l'automne de cette année pour tous les services de l'administration qui s'intéressent à la thématique des MCFA.

⁷ Disponible par ex. à l'adresse <https://www.chronos-verlag.ch/node/27405>

⁸ https://www.sg.ch/content/dam/sgch/kultur/staatsarchiv/fuersorgerische-zwangsmassnahmen/buchpublikation/Buch%20Gedenkanlass_Inhalt.pdf

⁹ www.nfp76.ch/SiteCollectionDocuments/nfp76-portraet-fr.pdf

Le président signale aussi que la chaîne de télévision alémanique SRF a le projet d'une émission sur l'initiative de réparation et sa mise en œuvre dans la série « Reporter ». Lisa Hilafu ajoute que la SRF abordera également les adoptions contraintes dues aux institutions ecclésiastiques.

Le président communique enfin que « La Voirie », à Bienne, montrera du 24 au 26 juillet 2020 une exposition de Mme Merlini et qu'un vernissage est prévu.

La prochaine séance de la Cocosol se tiendra le mardi 8 septembre 2020, à partir de 9h30, à l'OFJ.

Le président remercie les membres de la commission pour leur participation active et leur collaboration constructive. La séance est close à 12h10.

**KEIN
ORIGINAL**